Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 8. Juni 2012 · Nr. 131 / 23 D 1 | HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER | 2,10 € D 2954 A | F.A.Z. im Internet: faz.net

Einigung über Häusersanierung in Sicht

mas. BERLIN, 7. Juni. Die lange umstrittene steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Gebäudesanierung rückt in greifbare Nähe. Bis auf Details haben sich die Unterhändler von Bund und Ländern auf eine Lösung verständigt, wie Koalitionskreise dieser Zeitung bestätigten. Danach ist geplant, die Ausfälle aus der steuerlichen Förderung auf eine Milliarde Euro zu begrenzen. Das Gesetz, das seit Monaten im Vermittlungsausschuss hängt, sah 1,5 Milliarden Euro vor. Die Ausfälle verteilen sich nach dem üblichen Schlüssel auf Bund, Länder und Kommunen. Danach tragen Bund und Länder jeweils 425 Millionen Euro. Der Rest entfällt auf die Kommunen. Bisher war eine gesamtenergetische Sanierung als Voraussetzung zur Förderung vorgesehen. Künftig soll man auch in Schritten vorgehen können. An den Förderkriterien dafür wird noch gearbeitet. Geplant ist zudem, das Programm zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude auszuweiten. Am 21. Juni soll auf einem weiteren Treffen im Kanzleramt das Paket gebilligt werden. Danach könnte der Vermittlungsausschuss die Einigung formal beschließen.

Heute

Von Nantes lernen

Als Bürgermeister hat Jean-Marc Ayrault die Stadt an der Loire vorangebracht, wie er es als Premierminister für Frankreich plant. Bringt ihm die Wahl eine Mehrheit? **Politik, Seite 3**

Pekinger Nachbarschaft
Wenn Amerika Afghanistan verlässt, will sich China dort engagieren – und mit ihr die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit: Das Antiterrorbündnis entwickelt wirtschaftliche Kooperation. **Politik, Seite 3**

Riad will mehr Visa
Saudi-Arabien will kräftig in seine Infrastruktur investieren. Von Deutschland wünscht es sich eine einfachere Ausstellung von Visa. Deutsche Unternehmen hoffen auf gute Aufträge. **Politik, Seite 4**

Toyota wieder vorn
Rückrufaktionen, Flut und Erdbeben hatten den japanischen Autohersteller zurückgeworfen. Aber im zurückliegenden Quartal hat das Unternehmen mehr Autos verkauft als die Konkurrenz. **Wirtschaft, Seite 16**

Mario Gomez greift an
Der treffsichere Bayern-Stürmer reagiert auf fortdauernde Kritik gelassener und selbstbewusster. Was ihn vor zwei Jahren unsicher gemacht hätte, bringe ihn heute zum Schmunzeln. **Sport, Seite 28**

Illegale Filme aus Tonga
Das Internet sei eine faszinierende Welt, sagt Kino.to-Gründer Dirk B. in seinem Geständnis, in der sich sehr viel Geld verdienen lasse. Doch das wird er bald zurückgeben müssen. **Feuilleton, Seite 35**

Dresden wohnlich
Vor Jahren hat die sächsische Hauptstadt ihre Wohnungsbaugesellschaft Woba an die Gagfah verkauft. Viel wurde schon weiterveräußert. Trennt sich das Unternehmen jetzt vom Rest? **Immobilienmarkt, Seite 41**

Mitteilung des Verlags:
Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 22 und 42 bis 46

Die große Bühne

EM – Wenn das Wetter schön wird, schlägt die Stunde des Sports. Von heute an können vielleicht sogar die Griechen für 90 Minuten ihr Elend vergessen. Vielleicht fühlen sie sich nach ihrem Spiel gegen Polen im Stadion von Warschau (Bild) aber auch noch elender. Der Fußball (**Seiten 27 bis 31**) tritt wieder an, Medien (**Seite 39**) und Menschen zu beherrschen. Viele, auch außerhalb des Spielfeldes verdienen damit gutes Geld (**Seiten 18 und 19**). Und die dunklen (**Seite 6**) und hellen (**Seite 5**) Seiten der Gastgeberländer verschwinden hinter den Dramen auf dem grünen Rasen. Foto dpa

Regierung und Opposition im Prinzip einig über Finanzmarktsteuer

Gabriel: Erster großer wichtiger Schritt / Ratifizierung des Fiskalpakts wahrscheinlicher

ban./mas./sat. BERLIN, 7. Juni. Nach weiteren Beratungen zwischen den Führungen von Koalition und Opposition ist die Wahrscheinlichkeit gewachsen, dass der europäische Fiskalpakt und der Euro-Rettungsschirm ESM noch vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat ratifiziert werden können. In einer Arbeitsgruppe verständigten sich Vertreter von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen auf Grundzüge einer Steuer auf Finanzgeschäfte. Das hatten SPD und Grüne zur Voraussetzung ihrer Zustimmung zur Ratifizierung des Fiskalpaktes gemacht. Die Koalitionsführung wiederum bestand darauf, den Fiskalpakt und den ESM gleichzeitig zu beschließen. Da die Ratifizierung des Fiskalpaktes der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat bedarf, ist die schwarz-gelbe Koalition auf die Zustimmung von SPD und Grünen angewiesen.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sprach von einem „ersten, großen und wichtigen Schritt" zu einer Verständigung, die Finanzmärkte zu besteuern. Damit die SPD dem Fiskalpakt zustimmen könne, müssten aber weitere Maßnahmen für „nachhaltiges Wachstum" in der EU beschlossen werden. Am kommenden Montag soll es unter Leitung von Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) eine weitere Verhandlungsrunde von Vertretern aller Fraktionen geben. Am Mittwoch dann spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Fraktionsvorsitzenden. Sie sagte in der ARD: „Wir haben durch den Euro quasi ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten." Das werde sich noch verstärken. „Denn wer in einer Währungsunion zusammen ist, wird enger zusammenrücken müssen."

Koalition und Opposition verabredeten, möglichst viele Finanzprodukte in die neue Steuer einzubeziehen, um mit einer breiten Bemessungsgrundlage zu niedrigen Steuersätzen zu kommen. „Hierdurch wird die Belastung der einzelnen Finanztransaktionen gering gehalten", heißt es in einem gemeinsam getragenen Grundsatzpapier. Dass man sich an der britischen Stempelsteuer oder der französischen Finanztransaktionssteuer orientieren könne, die diverse Finanzgeschäfte ausnehmen, wurde auf Druck von SPD und Grünen aus dem Entwurf gestrichen. *(Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Wirtschaft, Seiten 9 und 10.)*

Abermals Massaker in Syrien

Dutzende Tote / Ban: Schüsse auf UN-Beobachter / Erkenntnisse zum Massaker von Hula

Her. DAMASKUS, 7. Juni. Bei einem Massaker im Dorf Qubair nahe Hama sind in Syrien mindestens 55 Menschen getötet worden. Aktivisten der Lokalen Koordinierungskomitees gaben die Zahl der Todesopfer sogar mit mindestens 86 an. 18 der Toten sind Frauen und Kinder. Viele sind in ihren Häusern verbrannt oder wurden mit Messern erstochen. Die meisten Toten gehörten einer Familie an. Während die Rebellen regimetreue Milizen der Bluttat bezichtigten, machte das staatliche Fernsehen eine „Terrorgruppe" für das Massaker verantwortlich. Die in Hama stationierten UN-Beobachter wollten am Donnerstag den Ort Qubair besuchen. Die UN-Beobachter teilten mit, die syrische Armee verhindere ihren Zugang nach Qubair. Der Leiter der UN-Beobachter, General Robert Mood, sagte, auch Zivilisten hielten die Beobachter auf. Deren Sicherheit sei nicht gewährleistet, sollten sie das Dorf betreten, werde ihnen erklärt. Später sagte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon vor der UN-Vollversammlung in New York, die Beobachter seien beschossen worden. Er nannte das Massaker „schockierend und widerwärtig" und sagte, Syriens Präsident Baschar al Assad habe „jede Legitimität verloren".

Das Massaker ähnelt auf den ersten Blick dem von Hula, bei dem am 25. Mai 108 Menschen getötet worden waren. Syrische Oppositionelle, die aus der Region kommen, konnten in den vergangenen Tagen aufgrund glaubwürdiger Zeugenaussagen den wahrscheinlichen Tathergang in Hula rekonstruieren. Ihr Ergebnis widerspricht den Behauptungen der Rebellen, die die regimenahen Milizen Schabiha der Tat beschuldigt hatten. Sie sollen unter dem Schutz der syrischen Armee gehandelt haben. Da zuletzt Oppositionelle, die den Einsatz von Gewalt ablehnen, ermordet oder zumindest bedroht worden sind, wollen die Oppositionellen ihre Namen nicht genannt sehen.

Das Massaker von Hula hatte sich nach dem Freitagsgebet ereignet. Die Kämpfe setzten ein, als sunnitische Rebellen die drei Straßenkontrollen der syrischen Armee um Hula herum angriffen. Die Kontrollpunkte haben die Aufgabe, die alawitischen Dörfer um das überwiegend sunnitische Hula vor Anschlägen zu schützen. *(Fortsetzung Seite 2, weitere Berichte Seite 5; siehe auch Seite 3.)*

EU-Staaten einig über Schengen-Reform

nbu. LUXEMBURG, 7. Juni. In den Verhandlungen über die Reform des Schengen-Raums haben die EU-Staaten einen Kompromiss erzielt, wonach in Europa für bis zu sechs Monate wieder Binnengrenzkontrollen eingeführt werden können, wenn ein Mitgliedsland seine Außengrenze nicht mehr sichern kann. Dagegen bestehen schwere politische und rechtliche Bedenken in der EU-Kommission und im EU-Parlament, wo von einer „Kriegserklärung" die Rede war. *(Siehe Seite 4.)*

Aigner: Schufa darf nicht zu Big Brother werden

jja. BERLIN, 7. Juni. Die Auskunftei Schufa überlegt, in sozialen Netzwerken des Internets wie Facebook Daten für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern zu sammeln. Mit einem entsprechenden Forschungsprojekt zog das Unternehmen Kritik aus der Bundesregierung und der eigenen Branche auf sich. Die Schufa dürfe nicht zum „Big Brother" des Wirtschaftslebens werden, sagte Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU). *(Siehe Wirtschaft, Seite 9.)*

Science-Fiction-Autor Ray Bradbury gestorben

F.A.Z. FRANKFURT, 7. Juni. Der Science-Fiction-Schriftsteller Ray Bradbury ist tot. Der im amerikanischen Bundesstaat Illinois geborene Autor des Romans „Fahrenheit 451" starb am Mittwoch im Alter von 91 Jahren in Los Angeles. Der Schriftsteller Stephen King würdigte Bradbury als einen „Giganten", der amerikanische Präsident Barack Obama äußerte, Bradburys Werke würden „ohne Zweifel noch viele Generationen inspirieren". *(Siehe Feuilleton, Seite 33.)*

Dauerauftrag

Von Reinhard Müller

Offene Grenzen – das ist neben der gemeinsamen Währung das spürbarste Zeichen eines geeinten Europa. Die Schengen-Idee der freien Fahrt für freie Bürger in einem gemeinsamen Raum der Freiheit war zuerst zwischen den Staaten auf völkerrechtlichem Weg festgezurrt und dann unter dem Dach der EU weitergesponnen worden. Zweifellos eine Erfolgsgeschichte: Europa kann buchstäblich schrankenlos erfahren werden. Doch auch dieses Konzept hat Grenzen. Schließlich will Europa auch ein gemeinsamer Raum des Rechts sein. Ganz ohne Kontrollen geht es also nicht. Notfalls müssen für eine bestimmte Zeit die Staatsgrenzen wieder fühlbare Grenzen sein – wenn nämlich die „Sicherheit unserer Bürger" (Bundesinnenminister Friedrich) auf dem Spiel steht.

Aber wer hat hier das letzte Wort? Kann ein EU-Mitgliedstaat überhaupt noch von „seinen" Bürgern sprechen? Genau darum dreht sich jetzt der Streit mit der EU-Kommission: Um die nationalstaatliche Letztverantwortung. Klar ist, dass eine so weitreichende Entscheidung wie die mehr als symbolische Einschränkung einer elementaren Grundfreiheit nur in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern und mit der Kommission erfolgen darf. Macht ein Staat seine Grenzen dicht, so ist das schließlich auch ein – wenig schmeichelhaftes – Werturteil über die Fähigkeiten des Nachbarlandes. Verständlich sind aus Brüsseler Sicht auch Sorgen, hier werde ein hohes gemeinsames Gut zugunsten der längst für überwunden gehaltenen nationalen Souveränität geopfert.

Doch das ist ein Missverständnis. Das Recht der EU-Staaten zur Letztentscheidung ist keine Krankheit, sondern Existenzgrundlage der Gemeinschaft. So notwendig die Zusammenarbeit in Flüchtlings- wie in Freizügigkeitsfragen ist: Einen Notfall muss Berlin ausbaden, und nicht Brüssel. Deutschland hat die Verantwortung für seine Bürger bisher nicht aufgegeben. Daran muss nicht nur mit Blick auf Schengen, sondern vor allem auf die europäische Staatsschuldenkrise immer wieder erinnert werden. Dass Lasten fair zu verteilen sind und Deutschland jederzeit die Kontrolle über seine Rolle in einer immer engeren europäischen Haftungsgemeinschaft behalten muss – das ist ein Dauerauftrag für Parlament und Regierung, insbesondere für den grenzenlos europäischen Bundesfinanzminister.

Noch eine Schröpfsteuer

Von Manfred Schäfers

Das Unheil ist offenbar nicht mehr aufzuhalten. Die zur Finanztransaktionssteuer aufgeblasene Börsenumsatzsteuer wird kommen. Daran gibt es kaum noch Zweifel, nachdem sich Koalition und Opposition auf die Grundzüge verständigt haben. Die Besteuerung von Finanzgeschäften gilt in der aktuellen Krise im Euroraum als finanzpolitische Wunderwaffe: Sie soll den Staaten Einnahmen verschaffen, um das Wachstum zu befeuern. Sie soll aber weder Kleinsparer noch die reale Wirtschaft belasten. Die Banken, die in der Krise stark belastet sind, sollen zwar für die Finanzkrise zahlen, aber auch nicht zusätzlich destabilisiert werden. Diese Versprechen schließen sich gegenseitig aus. Doch das wird im Eifer des politischen Gefechts ausgeblendet.

Vieles passt bei der neuen Finanzmarktsteuer nicht zusammen. Doch das interessiert kaum noch einen Politiker. Sie gilt als populär, weil niemand sehen will, dass es mit der Steuer auf den Umsatz mit Aktien, Anleihen, Derivaten, Devisen nicht anders sein wird als mit der Steuer auf Brötchen und Autos – letztlich muss der Kunde dafür zahlen. Die Unternehmen erhöhen einfach die Preise. Genauso werden es die Banken tun. Was der Staat an Einnahmen mehr hat, fehlt der privaten Wirtschaft, also den Anlegern und den Unternehmern. Zusätzliche Impulse sind so schwer möglich. Das Argument, die Steuer sei notwendig, um zusätzliches Wachstum zu ermöglichen, trägt deshalb nicht.

Das zweite Argument, das für die neue Steuer vorgebracht wird, ist ebenso wenig überzeugend, nicht zuletzt, weil es im Widerspruch zur ersten Begründung steht: Wenn die Gewinnspanne schrumpfe, falle unerwünschter Handel weg. So sollen mit der Steuer spekulative Finanzgeschäfte verhindert werden, indem sie verteuert, also unrentabel werden. Doch dann fehlen dem Staat die Einnahmen, die mit Hilfe der Finanzsteuer generiert werden sollen. Man kann nicht beides haben: Die Lenkungswirkung und das Aufkommen. Auf einem anderen Blatt steht, ob weniger Umsätze an den Finanzmärkten wirklich stabilisierend wirken, wie behauptet wird. Denn wo weniger gehandelt wird, sind Sondereffekte schwerer von den Märkten zu verdauen, drohen die Ausschläge größer zu werden. Ob die Steuer die Risiken begrenzt, die in von Rechnern gesteuerten Handelsprogrammen vermutet werden, ist ebenfalls zu bezweifeln. Zielführender wäre da eine kluge Regulierung.

Die neue Finanzsteuer droht noch aus einem weiteren Grund die großen damit verbundenen Erwartungen hinsichtlich Einnahmen und Steuerungseffekten zu verfehlen. Viele Geschäfte werden dann schlicht woanders abgewickelt. Kein Hedgefonds aus Amerika, keine Bank aus China wird Plätze nutzen, die den Handel künstlich verteuern. Deswegen wollte die Bundesregierung zunächst eine Finanztransaktionssteuer nur einführen, wenn dies auf globaler Ebene für die wichtigsten Länder vereinbart würde. Doch nicht einmal in der Europäischen Union ist so etwas möglich. Nun will man im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit wenigen EU-Ländern den Alleingang wagen.

Die Union mit Finanzminister Schäuble war seit einiger Zeit dafür, sich über die Bedenkenträger nicht zuletzt in der FDP hinwegzusetzen. Lange hat der kleinere Koalitionspartner die neue Steuer verhindert. SPD und Grüne haben die Notlage der Koalition ausgenutzt, um den Druck zu erhöhen. Die Regierung benötigt die Stimmen der Opposition im Bundestag, um den Fiskalvertrag ratifizieren zu können, der die beteiligten Länder zu mehr Finanzdisziplin zwingen soll. SPD und Grüne gehen sogar so weit, dass sie eine Grundgesetzänderung verlangen, um einen europäischen Schuldentilgungsfonds zu ermöglichen. Damit würde der deutsche Steuerzahler zusätzlich in gigantische Haftung genommen für die exzessive Verschuldung anderer Länder. Damit rückte eine Überforderung Deutschlands näher. Wie wenig die im Gegenzug versprochenen Sparverpflichtungen wert sind, hat der Stabilitätspakt bewiesen. Der Tilgungsfonds wäre deshalb fatal.

> Die Banken müssen die Finanzmarktsteuer nur entrichten. Bezahlen werden ihre Kunden.

Bei der Finanztransaktionssteuer hat die FDP schon beigedreht. Sie hat ihre grundsätzliche Zustimmung an Bedingungen geknüpft: keine Belastung der kleinen Sparer, der Altersvorsorge, der realen Wirtschaft und die Vermeidung von Ausweichreaktionen. Sie hofft damit, den größten Unsinn, wenn nicht sogar das Projekt als solches verhindern zu können. Das ist ein frommer Wunsch, weil die Probleme verdrängt werden, die eine solche Steuer schaffen wird.

Die Finanztransaktionssteuer wird wie einst die Ökosteuer als eine Art finanzpolitischer Heilsbringer bejubelt. Damals versprach man, die Umwelt werde entlastet, die Arbeitslosigkeit geringer und der Staat reicher. Davon redet heute keiner mehr. Vielmehr beklagen die Menschen den hohen Benzinpreis. Mit der Finanztransaktionssteuer wird das nicht anders sein. Heute gibt es die großen Versprechen. Wenn sie einmal eingeführt sein wird, werden die Bürger merken, dass sie letztlich nur erfunden wurde, um sie zu schröpfen. Doch dann ist es zu spät.

Briefe an die Herausgeber 15 | Immobilienmarkt 41 | Deutschland und die Welt 6 | Das Kreuzworträtsel 7 | Zeitgeschehen 8 | Wirtschaft 9 | Die Ordnung der Wirtschaft 10 | Branchen und Märkte 14 | Unternehmen 15 | Wetter 20 | Finanzmarkt 21 | Kurse 24 | Sport 27 | Feuilleton 33 | Medien 39 | Fernsehen und Hörfunk 40

4 190295 402101 50023

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 £ / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29 nkr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28 skr / Schweiz 4,80 sfrs / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 720 Ft

166

STREIFZÜGE

Stuttgart

Schwäbischer Karneval

Die Frage, wer Schirmherr des Christopher Street Day (CSD) in Stuttgart wird, war schon öfter ein Politikum. Dass 2005 der baden-württembergische Sozialminister Andreas Renner (CDU) die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernahm, bei der Schwule und Lesben alljährlich feiern und für ihre Rechte demonstrieren, führte in der CDU zu einem Streit über die christlichen Wurzeln und die konservative Prägung der Partei. Der spätere Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU), damals Fraktionsvorsitzender im Landtag mit erklärtem Hang zum Konservatismus, wetterte, Renners Beteiligung an dieser „frivolen und karnevalesken Zurschaustellung von sexuellen Neigungen" widerspräche dem „gesunden Menschenverstand".

Seither haben die Scharmützel um das Thema an Schärfe verloren. Als der Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU) im vergangenen Jahr die Schirmherrschaft übernahm, ging dies vergleichsweise lautlos vonstatten. Mit der Wahl des Schirmherren 2012 wollen die Organisatoren des CSD die Auseinandersetzung nun auf ein neues Feld tragen: Ein Schirmherr aus der Wirtschaft soll es sein. Das Problem jedoch: Es findet sich keiner.

Foto Caro

Schirmherr gesucht

Fünf Anfragen haben die Veranstalter laut Christoph Michl, Leiter der Interessengemeinschaft Christopher Street Day, seit vergangenem September verschickt – ohne Erfolg. Nun haben sie einen Weg eingeschlagen, den auch ein von Fachkräftemangel geplagtes Unternehmen gegangen wäre: Sie haben die vakante Stelle öffentlich ausgeschrieben. Auf ihrer Internetseite wenden sich die Organisatoren im Stile einer Stellenanzeige an den geneigten schwäbischen Geschäftsmann: „Vielfalt und Gleichberechtigung sind für Sie hohe Güter? Dann sollten wir uns dringend unterhalten!", heißt es dort. Dass Michl angesichts erdrückender Bewerberzahlen ein kompliziertes Personalauswahlverfahren durchführen müsste, ist derzeit nicht zu befürchten, bisher ist noch keine geeignete Bewerbung eingegangen. Über den Grund für das geringe Interesse kann Michl nur spekulieren: „Offensichtlich gibt es da gewisse Berührungsängste."

ANDREAS NEFZGER

Heute

Jade-Weser-Port verzögert sich

Die Eröffnung des Tiefwasserhafens Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven ist auf Ende September verschoben worden. Grund sind erhebliche Baumängel, vor allem 225 Löcher in der Kaimauer. **Politik, Seite 4**

Netanjahu lässt bauen

Um Siedler und deren Unterstützer zu besänftigen, hat der israelische Ministerpräsident angekündigt, insgesamt 851 neue Wohnungen in Siedlungen im besetzten Westjordanland zu bauen. **Politik, Seite 5**

Ein Virus soll ins Abseits

Kein europäisches Land ist schlimmer von Aids getroffen als die Ukraine. Die Regierung scheint allmählich zu verstehen, dass sie die Epidemie nicht einfach ignorieren kann. **Deutschland und die Welt, Seite 6**

Hofschneider der Guerrilla

Im kolumbianischen Bogotá haben jetzt frühere Farc-Rebellen ihre modischen Entwürfe auf dem Laufsteg gezeigt. Einer von ihnen hat früher Uniformen geschneidert. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

Soldaten heute

Der Generalinspekteur würdigt das neue Personal der Bundeswehr als sichtbar erweitertes Spiegelbild der Gesellschaft. Die vielen Auslandseinsätze haben das Bewusstsein verändert. **Zeitgeschehen, Seite 8**

Polizist und Bürgermeister

Andreas Breitner (SPD) wird bald Innenminister in Schleswig-Holstein sein. Aber nicht allein wegen seiner Vorbildung. Er ist Generalist genug, um als Parteichef in Frage zu kommen. **Zeitgeschehen, Seite 8**

Körperliche Nähe, konzeptionelle Ferne: *Merkel, Cameron und Stoltenberg debattieren im Kanzleramt mit Studenten.* Foto dpa

Im Auge des Sturms

Merkel, Cameron und Stoltenberg wollten mit Studenten über die Demokratie in der alten Welt sprechen. Tatsächlich redeten sie über dreierlei Europa.

Von Majid Sattar

BERLIN, 7. Juni. Sie müsse aufpassen, sagt die Kanzlerin, dass sie „jetzt keinen Shitstorm ernte". David Cameron und Jens Stoltenberg grinsen, und auch Angela Merkel muss nun selbst über ihre Formulierung lachen. Sie sitzt am Donnerstagmittag in der „Skylobby" des Kanzleramtes und diskutiert mit dem britischen und dem norwegischen Regierungschef sowie etwa hundert Studenten über das Verhältnis von Bürger und Staat. Draußen pfeift der Wind, der europäische Sturm aber hat Berlin noch nicht erfasst.

Die drei Europäer halten sich nicht lange mit abstrakten Demokratietheorien auf, sondern widmen sich schnell Europa und seiner Krise. Es wird bald deutlich, dass sie eigentlich nicht über ein, sondern über dreierlei Europa reden: Der Norweger blickt von außen auf die Europäische Union und sagt, er bedauere es, dass sein Land zweimal in Volksabstimmungen gegen einen Beitritt gestimmt habe. Der Brite blickt von außen auf die Eurozone und sagt nicht, dass er irgendetwas bedauere – immerhin auch nicht, dass sein Land 1973 der seinerzeitigen EG beigetreten ist. Und dann ist da noch die Deutsche, deren Land im Zentrum von EU und Eurozone liegt – und folglich auch im Auge des Sturms. Angela Merkel bedauert, dass es noch keine europäische Öffentlichkeit gebe und der Blick in die Zeitungen des Kontinents eine Dominanz nationaler Debatten offenbare.

In gewisser Weise hat der Gast aus London zuvor ihre These bestätigt: Vor seinem Eintreffen in Berlin mahnte er – von außen – ein schnelleres Tempo bei der Lösung der Eurokrise an; in einem Telefonat mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama seien sich beide einig gewesen, dass es eines Sofortplans bedürfe, rief er vor allem seiner Öffentlichkeit auf der Insel zu. In Berlin fügt er hinzu, Europa funktioniere dann am besten, wenn „Nationen zusammenarbeiten", und verschweigt nicht, dass er manches, was in Brüssel entschieden werde, für „rätselhaft" halte. Die Kanzlerin wiederum erinnert daran, dass ihre Partei, die CDU, sich dafür ausgesprochen habe, es langfristig anzustreben, den Kommissionspräsidenten direkt wählen zu lassen. „Ich glaube, dass David jetzt nicht so begeistert ist", gesteht sie mit kessem Augenaufschlag ein. Der so Angesprochene lächelt gequält.

So geht das in einem fort: Die Deutsche entwirft Visionen eines künftigen Europa, zeichnet das Bild engerer europäischer Parteifamilien und einer echten europäischen Innenpolitik, die es allen ermögliche, nicht einfach nur immer „für Europa" zu sein. Dann wendet sie sich Cameron zu und sagt zu „David", sie habe es ja sehr bedauert, dass „die Tories" aus der gemeinsamen EVP-Fraktion ausgetreten seien. Immerhin seien die britischen Konservativen nicht der sozialistischen Fraktion beigetreten. Das soll heißen: Es gibt noch Gemeinsamkeiten zwischen den „Tories" und ihren früheren Fraktionskollegen in Straßburg. Cameron entgegnet, er stimme der Kanzlerin generell in vielem zu, europäische Parteien aber werde es „noch eine lange Zeit" nicht geben.

Als das Stichwort Fiskalpakt fällt, wird deutlich, was sich im Verhältnis Großbritanniens zu Europa geändert hat. Früher sah es so aus: Die europäische Lokomotive wollte Richtung Integration fahren, die Briten kamen zu spät ans Gleis, sprangen im letzten Moment auf den hintersten Waggon und zogen die Notbremse. Seit dem Nein aus London zum Fiskalpakt aber fährt der Integrationszug ohne die Briten. Während Cameron bemüht ist, dass Signal seines Votums zum Fiskalpakt kleinzureden – für die Staaten der Eurozone ergebe er durchaus Sinn, konzediert er –, stellt die Kanzlerin das Argument lakonisch in Frage: Es gebe doch auch einen gemeinsamen Wachstums- und Stabilitätspakt! Für alle, soll das wiederum heißen. Stoltenberg erläutert am Ende mit einem Augenzwinkern, warum er die Ergebnisse der Volksabstimmungen der Norweger so bedaure: weil er an solchen Debatten nicht teilnehmen könne.

Bleibt noch die Sache mit dem „Shitstorm": Angela Merkel hatte dabei nicht Cameron, Obama und die Ermahnungen all jener im Sinn, die von außen der Eurozone und Deutschland eine beherztere Gangart empfehlen. Vielmehr hatte sie gerade bedauert, dass manches europäische Projekt schon an der Frage scheitere, in wie viele Sprachen es übersetzt werden solle, obwohl der Trend doch Richtung Englisch gehe. Kaum hatte sie den Gedanken formuliert, schob sie ein Bekenntnis zu ihrer Muttersprache hinterher.

Fortsetzung von Seite 1

Massaker in Syrien

Eine angegriffene Patrouille rief Einheiten der syrischen Armee zu Hilfe, die 1500 Meter entfernt eine Kaserne unterhält und umgehend Verstärkung schickte. Bei den Kämpfen um Hula, die 90 Minuten gedauert haben sollen, wurden Dutzende Soldaten und Rebellen getötet. Während der Kämpfe waren die drei Dörfer von Hula von der Außenwelt abgeriegelt.

Nach Angaben der Augenzeugen habe sich das Massaker in dieser Zeit ereignet. Getötet worden seien nahezu ausschließlich Familien der alawitischen und schiitischen Minderheit Hulas, dessen Bevölkerung zu mehr als neunzig Prozent Sunniten sind. So wurden mehrere Dutzend Mitglieder einer Familie abgeschlachtet, die in den vergangenen Jahren vom sunnitischen zum schiitischen Islam übergetreten sei. Getötet wurden ferner Mitglieder der alawitischen Familie Shomaliya und die Familie eines sunnitischen Parlamentsabgeordneten, weil dieser als Kollaborateur galt. Unmittelbar nach dem Massaker hätten die Täter ihre Opfer gefilmt, sie als sunnitische Opfer ausgegeben und die Videos über Internet verbreitet. Vertreter der syrischen Regierung bestätigten zwar diese Version, verwiesen aber darauf, dass sich die Regierung verpflichtet habe, öffentlich nicht von Alawiten und Sunniten zu sprechen. Staatspräsident Baschar al Assad gehört den Alawiten an, die Opposition wird überwiegend von der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit getragen.

Unterdessen haben im Ausland lebende syrische Geschäftsleute in der qatarischen Hauptstadt Doha zur Finanzierung der syrischen Opposition und Rebellen einen Fonds mit 300 Millionen Dollar eingerichtet. Mustafa Sabbagh, der Präsident des syrischen Businessforums im Exil, stellte den Fonds vor. Wael Merza, der Generalsekretär des oppositionellen Syrischen Nationalrats, äußerte, die Hälfte des Betrags sei bereits ausgegeben und teilweise an die Freie Syrische Armee geflossen.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow schlug derweil die Einberufung einer internationalen Konferenz zu Syrien vor, an der alle Länder teilnehmen sollten, die Einfluss auf die Akteure in Syrien hätten. Der Kreis müsse über die Länder hinausgehen, die sich in den „Freunden Syriens" zusammengeschlossen hätten, sagte Lawrow. Denn diese Gruppe unterstütze lediglich die „radikalen Forderungen" des Syrischen Nationalrats. Konkret nannte Lawrow neben den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats, der EU und der Arabischen Liga auch die Türkei und Iran. Ziel solle sein, den Annan-Plan „korrekt und ohne Zweideutigkeiten" umzusetzen.

Debatte in Großbritannien über Zugehörigkeit zur EU

Früherer Außenminister Owen verlangt Referendum

Lt. LONDON, 7. Juni. Der frühere britische Außenminister David Owen hat die Debatte über Großbritanniens Zukunft in der Europäischen Union neu entfacht: Owen, der eigentlich nicht zum Lager der EU-Gegner in der britischen Politik zählt, schlug am Donnerstag ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten vor"; eine äußere EU, eine „Europäische Gemeinschaft", die sich im Wesentlichen auf den Binnenmarkt konzentriere und der bald auch Norwegen und die Türkei angehören könnten, und eine innere Gemeinschaft, die den von Deutschland gewiesenen Wege zu einer politischen Union verfolge. Owen, der in der Labour-Regierung James Callaghan 1977 bis 1979 Außenminister war, äußerte, wegen der Integrationsbestrebungen, die auch durch die Eurokrise befördert würden, sei eine Volksabstimmung in Großbritannien über den Verbleib in der Europäischen Union „unausweichlich" geworden; er prophezeite, eine solche Abstimmung werde in den kommenden vier Jahren stattfinden.

Owen schlug vor, das Referendum solle eine doppelte Frage enthalten; die Briten sollten erstens entscheiden, ob sie der EU überhaupt weiter angehören wollten, und dann im Falle eines mehrheitlichen „Ja" bestimmen, ob sie im äußeren oder dem inneren Kreis der Union mitwirken wollten.

Der britische Finanzminister George Osborne wies Owens Idee zurück. Er erneuerte die Haltung der konservativ-liberalen Regierungskoalition, wonach kein Bedarf an einer Volksabstimmung über europäische Fragen bestehe. Die gegenwärtige Regierung hat ein Gesetz verabschiedet, das Referenden für den Fall vorschreibt, dass weitere Kompetenzen der nationalen Gesetzgebung an die Europäische Union übergehen. Unterdessen sind innerhalb der Parlamentsfraktion der Konservativen, in der die Gegner der britischen EU-Mitgliedschaft eine starke Minderheit bilden, neuerlich Rufe laut geworden, Kompetenzen, die schon an die EU abgegeben wurden, zurück in die nationale Gesetzgebungshoheit zu holen. Eine Gruppe von Abgeordneten, die sich den programmatischen Namen „frischer Start" gegeben haben, forderte von Premierminister David Cameron abermals, er solle die gegenwärtige Eurokrise nutzen, um über eine Rückholung von Kompetenzen zu verhandeln.

Fortsetzung von Seite 1

Im Prinzip einig

Frau Merkel zeigte sich am Rande eines Treffens mit dem britischen Premierminister David Cameron in Berlin verhalten optimistisch über den Verlauf der Verhandlungen mit der Opposition. Es würden intensive Gespräche geführt, sagte sie. „Wir werden am nächsten Mittwoch sehen, wie weit wir gekommen sind." Zugleich mahnte sie abermals eine vertiefte Integration in der Eurozone an. Man könne in Europa auch gut zusammenleben, ohne dass alle 27 Mitgliedstaaten jeden Integrationsschritt mitgingen. Cameron sprach sich gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer aus. Diese könnte zur Abwanderung von Finanzgeschäften in andere Ländern führen, sagte er. Das heißt nach seinen Worten nicht, dass Banken und Finanzinstitute unbelastet blieben. Großbritannien tue hier sogar mehr als viele andere europäische Länder, sagte er mit Blick auf die Bankenabgabe und „Stempelsteuer" auf Börsengeschäfte.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poß hob hervor, dass die von der FDP geforderte Stempelsteuer nach britischem Vorbild vom Tisch sei. Der FDP-Finanzpolitiker Volker Wissing sagte: „Die FDP hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass eine Finanzmarktbesteuerung nicht zu einer Belastung von Kleinsparern, Rentnern und der Realwirtschaft wird." Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast äußerte sich skeptisch. Die nun verabredete „Arbeitsgrundlage" könne zwar für die Gespräche in der kommenden Woche „hilfreich" sein. Doch gebe es einen „harten Dissens zwischen Oppositions- und Koalitionsfraktionen beim Altschuldentilgungsfonds".

Frau Merkel verglich die Währungsunion mit dem Schengener Abkommen über die Abschaffung der Grenzkontrollen. Auch die vertiefte Integration in Währungsfragen müsse allen EU-Staaten offen stehen. Sie schränkte ein: „Wir dürfen nicht deshalb stehenbleiben, weil der eine oder andere noch nicht mitgehen will." Frau Merkel forderte: „Wir brauchen nicht nur eine Währungsunion, sondern wir brauchen auch eine sogenannte Fiskalunion, also mehr gemeinsame Haushaltspolitik." Auf dem Weg zu einer „politischen Union" müssten „Schritt für Schritt im weiteren Verlauf doch auch Kompetenzen an Europa" abgegebenen werden. Dagegen sagte der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer: „Ich glaube nicht, dass durch eine solche Debatte eine Beruhigung auf den Zinsmärkten und den Finanzmärkten eintritt."

Der SPD-Vorsitzende Gabriel nahm Bezug auf das Plädoyer der Kanzlerin für mehr Europa und sprach „von einer dramatischen Wende in ihrer Europapolitik". Nach drei Jahren gelange sie endlich zu der Erkenntnis, dass „die Währungsunion einen Geburtsfehler" habe, sagte Gabriel. Er nannte Frau Merkels Worte einen „Schritt in die richtige Richtung", dem nun aber Substanz folgen müsse. Jetzt gebe es zwei Möglichkeiten: Entweder es werde mehr dafür getan, die Lebensbedingungen in Europa anzunähern, oder die Eurozone drohe auseinanderzubrechen. Er glaube, dass zwar nicht in naher Zukunft, aber doch in der „Mitte des Weges" die deutsche Bevölkerung über diesen Weg befragt werden müsse, sagte Gabriel. Die SPD sei stets für Volksabstimmungen gewesen.

Deutschland in Straßburg verurteilt

Mü. FRANKFURT, 7. Juni. Deutschland muss zwei verurteilte Straftäter entschädigen, die sich in Sicherungsverwahrung befinden. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am Donnerstag entschieden. Die Richter sprachen den Beschwerdeführern 5000 und 7000 Euro zu; diese kommen aber nicht automatisch auf freien Fuß. Der Gerichtshof bekräftigte damit zum wiederholten Male, dass die frühere deutsche Praxis der nachträglichen Anordnung einer Sicherungsverwahrung gegen den Grundsatz „Keine Strafe ohne Gesetz" der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt. Das Bundesverfassungsgericht hatte die nachträgliche Sicherungsverwahrung 2009 gebilligt und Verfassungsbeschwerden der beiden Verurteilten abgelehnt, die nun in Straßburg Recht bekamen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte im vergangenen Jahr die gesetzliche Grundlage der Sicherungsverwahrung mit Blick auf die Straßburger Rechtsprechung für verfassungswidrig. Daraufhin hat die Bundesregierung eine Reform gebilligt, über die der Bundestag noch entscheiden muss. Gegen das Straßburger Urteil kann noch ein Rechtsmittel eingelegt werden.

STIMMEN DER ANDEREN

Fällt Spanien, fällt Europa

Zur Euro-Schuldenkrise in Spanien heißt es in der niederländischen Zeitung „de Volkskrant":

„Wenn Verwirrungen Anzeichen einer kommenden Panik sind, dann verliert Spanien tatsächlich in raschem Tempo die Nerven. Der Untergang der Großbank Bankia, der den Staat sicherlich 24 Milliarden Euro kosten wird, hat zu einer erstickenden Atmosphäre geführt. Auf der Straße und in der Metro, überall eigentlich, geht es nur noch um Geld, die Banken, die Zukunft und Angela Merkel. Und um den drohenden Bankrott … Spanien steht an vorderster Front der europäischen finanziellen und wirtschaftlichen Krise und niemand weiß, wie der Kampf ausgehen wird. Jedem scheint dabei klar zu sein: Wenn wir fallen, fällt der Euro, fällt Europa. Dann ist die Gefahr groß, dass die Weltwirtschaft in eine beispiellose Depression abgleitet."

Poker um Euro-Struktur

Das „Luxemburger Wort" schreibt zum selben Thema:

„Der Rekapitalisierungsbedarf spanischer Banken hat indes eine weitere Runde im politischen Poker um die Ausgestaltung der Währungsunion eingeläutet: Hierbei wird die Kompetenz- und Haftungsteilung zwischen nationalen und gemeinschaftlichen Instanzen bei der Stützung von Banken austariert. Die deutsche Position, dass es aufgrund etwaiger Vergemeinschaftungen von Haftungen nicht zu finanziellen Nachteilen von Steuerzahlern einzelner EU-Staaten kommen kann, ist einleuchtend. Spaniens Ansatz, eine Bankenstützung zu ermöglichen, ohne eine gesamte, im Kern gesunde Volkswirtschaft in die Ungewissheit einer mehrjährigen Abschottung von den Kapitalmärkten zu verbannen, hat nicht nur im ebenfalls von einer Bankenkrise geplagten Irland Anhänger. Die Lösung läuft – wie so oft – auf einen Kompromiss hinaus."

Banken-Union erster Schritt

Die französische Tageszeitung „Le Monde" kommentiert die Idee einer Banken-Union zur Euro-Rettung:

„Die verschärfte Bankenkrise in Spanien hat die neue Idee einer Banken-Union hervorgebracht, die bei der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank EZB Zustimmung findet. Eine solche Union erfordert eine zentralisierte Kontrolle der Banken, einen gemeinsamen Mechanismus zur Sicherung der Kunden-Einlagen und ein koordiniertes Krisenmanagement. Eine solche Banken-Union könnte ein erster Schritt hin zu einer Haushaltsunion sein. Ein gemeinsamer Garantiefonds für die Einlagen der Banken setzt gemeinsame Haushaltsmittel voraus, was ein Schritt hin zur Konvergenz der Haushaltspolitik wäre. Dieser Fortschritt wäre leichter mit 17 zu erreichen als mit 27."

Zu wenig und sehr spät

Der „Tages-Anzeiger" aus der Schweiz betrachtet die Regeln für Bankenpleiten des EU-Binnenmarktkommissars Barnier:

„Wieder einmal ist die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit sehr groß. Selbst EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso gehört zu denen, die sich zuletzt für eine europäische Banken-Union starkgemacht haben. Sein Binnenmarktkommissar Michel Barnier liefert jetzt aber keine europäische Reform aus einem Guss, sondern ein Flickwerk nationaler Regelungen. Eigentlich ist schon lange klar, dass es für Europas grenzüberschreitend tätige Banken eine europäische Aufsicht bräuchte, die diesen Namen verdient. Barnier hat schon bei seinen Vorbereitungen auf viele Interessen Rücksicht genommen. Alle sind für mehr Europa als Ausweg aus der Krise. Doch sobald es konkret wird, geht für die Regierungen die nationale Souveränität vor."

Obamas Motive

Der Mailänder „Corriere della Sera" meint, aus innenpolitischen Gründen mache nicht nur Barack Obama Druck:

„Die politischen Führer machen jetzt Druck. Und dabei zählt am meisten, dass der amerikanische Präsident Barack Obama sich jeden Tag mit der Lage in Europa befasst und dies auch noch aller Welt mitteilt. Fünf Monate vor der Präsidentenwahl liegt die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten bei 8,2 Prozent. Bei dieser Höhe ist in der Nachkriegszeit noch kein Präsident wiedergewählt worden, zumal in diesem Land der Zugang zum Gesundheitswesen an den Arbeitsplatz gebunden ist. Obama braucht also dringend eine Eindämmung der Krise, oder er muss zumindest einen Schuldigen außerhalb seines Landes dafür finden. Das gilt auch für den britischen Premier David Cameron, der nach der Hälfte seines Mandats ein Land in der Rezession und mit einem Schuldenberg führt. Also liebt er es, die Eurozone öfter noch als sonst zu geißeln … So ist die Euro-Panik also nicht für alle nur ein Übel."

Jeder gegen jeden

Die bulgarische Zeitung „Sega" widmet sich der Linken- und Anarchistenszene in Griechenland:

„Die unzähligen linken Parteien und Organisationen in Griechenland stimmen überein in dem Wunsch, die Europäische Union und die Eurozone zu verlassen. Doch in den meisten Fällen werden sie dadurch nicht vereinigt und Zusammenstöße auch unter ihnen sind keine Seltenheit. Eigentlich kämpft jeder getrennt und so, wie er es für gut hält: Anarchisten gegen Kommunisten und Neofaschisten, Kommunisten gegen Neofaschisten und die Anarchisten auch gegen die Sicherheitskräfte der Ordnungshüter … Griechenland ist jetzt mit Sicherheit der beste Platz zum Veranstalten von Straßenausschreitungen. Es entwickelte sich auch ein eigenartiger Tourismus – sie können Athen besuchen, um an Straßenschlachten teilzunehmen, falls die Museen, Landschaften und Antiken sie nicht besonders interessieren."

Noch mehr Druck

Die schwedische Tageszeitung „Dagens Nyheter" meint zum Für und Wider eines Politikerboykotts in der Ukraine bei der Fußball-EM:

„In der derzeitigen Lage sollte es für die Spitzenpolitiker der EU-Länder selbstverständlich sein, dass sie nicht zur EM in die Ukraine fahren. Aber wirklich wehtun würde und ein Schlag gegen Präsident Janukowitsch wäre es, wenn man das Freihandelsabkommen auf Eis legen würde. Hier müssen die EU-Länder und zeigen, dass sie es ernst meinen. Solange Julija Timoschenko inhaftiert ist und die Justiz systematisch die Opposition drangsaliert, darf man das Abkommen nicht unterzeichnen."